



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Klais

Telefon: (0221) 221 29366

Fax: (0221)

E-Mail: bruno.klais@stadt-koeln.de

Datum: 22.11.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 05.11.2018, 15:00 Uhr bis 19:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen

Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Herr Reinhold Goß	Stadtschulpflegschaft

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Lutz Tempel	Stadtschulpflegschaft

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Ebru Weber	auf Vorschlag des Integrationsrat
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

- die Verwaltung beabsichtigt, zu Beginn der Sitzung des Ausschusses die überarbeitete Schulentwicklungsplanung für Köln vorzustellen.
- die bereits zur Sitzung am 04.09.2018 umgedruckte Anfrage AN/1160/2018 nebst der dazugehörigen Beantwortung (DS Nr. 3251/2018) als TOP 3.1.4 die neue Anfrage AN/1487/2018 unter TOP 3.2.1
- Die Änderungsanträge von Die Linke, von SPD/Bunt sowie von CDU/Grüne zu TOP 4.1 „Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln-Ossendorf“ UND als Tischvorlage ein Änderungsantrag von CDU/Bündnis 90/ Die Grünen und FDP zu TOP 4.5 Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für eine Gesamtschule und 2 Grundschulen in Rondorf Nord West
- Eine weitere Beschlussvorlage unter dem TOP 4.7
- die Mitteilungen unter TOP 5.5 bis 5.8.
Die als TOP 5.9 gekennzeichnete Mitteilung ist unter TOP 11.1 im nicht-öffentlichen Teil einzusortieren.
- die Mitteilung unter TOP 9.3
- zum Tagesordnungspunkt 13 sind heute zwei Schulleiter zum Gespräch eingeladen.

Herr Dr. Schlieben schlägt vor, den TOP 4.2 aufgrund bestehenden Beratungsbedarfs seiner Fraktion um eine Sitzung zu vertagen. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, trägt die Bitte der Bezirksvertretung Rodenkirchen vor, den Tagesordnungspunkt 4.5 um drei Wochen zu vertagen, weil dort die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen ist.

Abstimmung:

mehrheitlich mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion sowie Fraktion Die Linke gegen SPD abgelehnt.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung ist mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden.

Zu Beginn der Sitzung stellt sich Frau Ritter vor, die seit 1. September die neue Schulaufsichtsbeamtin für Grundschulen beim Schulamt für die Stadt Köln ist. Sie erläutert, dass sie für den Schulamtsbezirk 2 - Rodenkirchen und Lindenthal zuständig ist sowie darüber hinaus für die Generalien Übergang Kindergarten zur Grundschule, Einsatz der sozialpädagogischen Fachkräfte sowie Fach- und Sachunterricht und den Bereich Bildung in der digitalen Welt. Der Vorsitzende begrüßt sie im Namen des Schulausschusses und wünscht ihr viel Erfolg bei der Arbeit.

Frau Dr. Klein erläutert, dass sie dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung die Neuauflage der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Köln vorstellen wird. Die letzte Fassung stammt aus dem Jahr 2016, die vorherigen aus den Jahren 2012 und 2011. Inhaltlich handelt es sich um eine Weiterentwicklung der bisherigen Planung. Frau Dr. Klein berichtet, dass diese Präsentation am heutigen Mittag in einer Pressekonferenz vorgestellt worden ist.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen
 - 1.3.1 Beschleunigung von Bau- und Planungsprozessen im Schulbau
hier: Neuaufstellung des Aktionsbündnisses Schulbau
2965/2018

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Frühere Anfragen
 - 3.1.1 Sachstand Baumaßnahme Alte Schule Roggendorf - zu AN/0522/2018
1169/2018
 - 3.1.2 Ausschuss Kunst und Kultur am 19.06.2018; TOP 11.1 Anfrage zur „Kulturellen Bildung“
2972/2018
 - 3.1.3 Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss vom 28.06.2018
hier: Entwicklung von Grundstücken des Bundes
2294/2018
 - 3.1.4 Schulnotstand und Lehrkräftemangel in Köln
AN/1160/2018

Anfrage AN/1160/2018 Schulnotstand und Lehrkräftemangel in Köln
3251/2018
- 3.2 Neue Anfragen
 - 3.2.1 Wie schlecht steht es um die Bezahlung der Mitarbeiter*innen der OGS in Köln?
AN/1487/2018

4 Vorlagen der Verwaltung

- 4.1 Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln-Ossendorf
2419/2018

Änderungsantrag zu TOP 4.1 – Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln- Ossendorf
AN/1549/2018

Änderungsantrag zu TOP 4.1 „Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln-Ossendorf“
Gesamtschulstandort in Ossendorf
AN/1547/2018

Änderungsantrag zur Vorlage „Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln-Ossendorf“, DS-Nr.
2419/2018
AN/1535/2018

- 4.2 Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 15.05.2018 zur Verlagerung des Berufskollegs Porz (BK 10)
2803/2018

- 4.3 Planungsaufnahme zur Erstellung eines Neubaus der Turnhalle für die KGS Fußfallstraße 55, Köln-Merheim
1217/2018

- 4.4 Sanierung der Sporthalle an der Realschule Neusser Straße 421, 50733 Köln - Baubeschluss
2622/2018

- 4.5 Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für eine Gesamtschule und zwei Grundschulen im Neubaugebiet Rondorf Nord-West
2574/2018

Änderungsantrag zu TOP 4.5 – Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für eine Gesamtschule und zwei Grundschulen im Neubaugebiet Rondorf Nord-West
AN/1550/2018

- 4.6 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen in Köln 2018
3179/2018

- 4.7 Bestellung der Schriftführerin
3440/2018

5 Mitteilungen

- 5.1 Neues Kommunales Gesamtkonzept Kulturelle Bildung und Bewerbung um Fördergelder
2945/2018
- 5.2 Jugendbefragung erfolgreich beendet – erste ausgewählte Ergebnisse im Blitzlicht
2954/2018
- 5.3 Stellenverlagerung in der kommunalen Schulsozialarbeit
3173/2018
- 5.4 Kommunales Integrationszentrum Köln übernimmt die Regionalkoordination für die Kölner „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“
3318/2018
- 5.5 Inklusionsplanung für Kölner Schulen: Zwischenbilanz und Ausblick auf die Fortschreibung
3250/2018
- 5.6 Talentschulen NRW
3503/2018
- 5.7 Erhöhter Reinigungsturnus für die Schultoiletten
3507/2018
- 5.8 Schülerbeförderung
3543/2018

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Personalien

- 9.1 Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Städtischen Förderschule für Kranke, Hilde-Domin-Schule, Florentine-Eichler-Str. 1, 51067 Köln-Holweide
3018/2018
- 9.2 Besetzung der Stelle Schulleitung an der Max-Ernst-Gesamtschule, Toller Str. 16, 50829 Köln-Bocklemünd
3021/2018

9.3 Besetzung der Stelle Schulleitung am Dreikönigsgymnasium, Escher Str. 245-247, 50739 Köln-Bilderstöckchen
3172/2018

10 Vorlagen

10.1 Abschluss eines Rahmenvertrags für die Lieferung von Schultafeln
3249/2018

11 Mitteilungen

11.1 Anfrage bezüglich Schülerspezialverkehr
3556/2018

12 Anfragen

12.1 Frühere Anfragen

12.2 Neue Anfragen

13 Verschiedenes

13.1 Vorstellung neuer Schulleitungen

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

1.3.1 Beschleunigung von Bau- und Planungsprozessen im Schulbau hier: Neuaufstellung des Aktionsbündnisses Schulbau 2965/2018

Herr Dr. Schlieben fragt, ob es Nachfragen zu dieser wichtigen Mitteilung zur Neuregelung des Verfahrens gibt. Herr Dr. Schlieben bedankt sich für das bisher von der Verwaltung geleistete Verfahren.

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion, hält es für wünschenswert, wenn künftig ein Vertreter des Baudezernates an den Sitzungen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung teilnimmt.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, begrüßt diesen Verwaltungsvorschlag. Er bittet jedoch zu gewährleisten, dass dann trotz der zeitlich früher stattfindenden Sitzung des Schulausschusses diesem jeweils der aktuellste Berichtstand genauso wie dem Werksausschuss der Gebäudewirtschaft vorgelegt wird.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt zur Gesamtschule Longerich, ob es zutrifft, dass in einem Container die Decke herabgefallen sei und die Mensa nicht benutzbar ist. Sie bittet um Auskunft, welche Maßnahmen getroffen worden sind, damit die Schülerinnen und Schüler dort ordnungsgemäß unterrichtet werden können. Herr Gräbener räumt ein, dass diese Schilderung zutreffend ist und es offensichtlich einen größeren Defekt an einem Container gegeben hat; es handelt sich um einen Riss im Dach. Die Reparatur ist bereits veranlasst. In diesem Zusammenhang fragt Frau Ruffen, FDP-Fraktion, ob dieser Fehler der Dachabdichtung mit einer Überdachung hätte vermieden werden können.

An dieser Stelle begrüßt Herr Dr. Schlieben Frau Kißmann, neue Abteilungsleiterin Planen und Bauen bei der Gebäudewirtschaft. Frau Kißmann berichtet dazu, dass aus bautechnischer Sicht eine Gesamtüberdachung sicherlich richtig ist, um Bauschäden von oben zu vermeiden.

Ganz allgemein trägt Frau Kißmann vor, dass der Sinn einer Containeranlage gerade in ihrer Flexibilität liegt; mit dem Bau einer massiven Überdachung ist das so nicht mehr gegeben. Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, fragt, ob ein Sachstand zu dieser Schule in Nippes dem Werksausschuss der Gebäudewirtschaft vorgelegt werden könne. Die Gebäudewirtschaft bejaht dies.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt diese Mitteilung zur Kenntnis.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Sachstand Baumaßnahme Alte Schule Roggendorf - zu AN/0522/2018 1169/2018

Frau Nesseler-Komp, CDU-Fraktion bittet um Mitteilung eines Zeitrahmens für die Umsetzung. Zunächst sollte die alte Schule zur Kindertagesstätte umgebaut werden, damit danach eine neue Schule errichtet werden kann. In der Berrischstraße sei es zu einem Einbruch gekommen; sie bittet die Verwaltung dazu um nähere Angaben; auch, inwieweit die elektrische Einrichtung betroffen ist. Herr Gräbener sagt zu, das zur Niederschrift nachzuliefern.

Nachtrag: Die Jugendverwaltung teilt mit, dass die Kita nicht bis Ende November 2018 fertiggestellt werden kann. Grund ist, dass die baulichen Leistungen im Inneren des Gebäudes erst gegen Ende des Jahres und die Arbeiten im Außengelände voraussichtlich erst bis Ende Februar 2019 fertiggestellt werden. Kleine witterungsabhängige Maßnahmen, die für die Inbetriebnahme der Kita nicht hinderlich sind, können frühestens ab März 2019 ausgeführt werden.

Die Verzugsgründe stehen nicht im Zusammenhang mit dem Einbruch, sondern sind im Wesentlichen bedingt durch überfüllte Auftragsbücher der Handwerker und deren Zulieferer. Die beim Einbruch entwendeten Materialien konnten dank aufmerksamer Nachbarn durch die Polizei sichergestellt werden.

3.1.2 Ausschuss Kunst und Kultur am 19.06.2018; TOP 11.1 Anfrage zur „Kulturellen Bildung“ 2972/2018

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.3 Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss vom 28.06.2018 hier: Entwicklung von Grundstücken des Bundes 2294/2018

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.4 Schulnotstand und Lehrkräftemangel in Köln AN/1160/2018

Anfrage AN/1160/2018 Schulnotstand und Lehrkräftemangel in Köln 3251/2018

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, möchte dazu in der Diskussion zur Schulentwicklungsplanung nachfragen.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Wie schlecht steht es um die Bezahlung der Mitarbeiter*innen der OGS in Köln? AN/1487/2018

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln-Ossendorf 2419/2018

**Änderungsantrag zu TOP 4.1 – Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln- Ossendorf
AN/1549/2018**

**Änderungsantrag zu TOP 4.1 „Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln-Ossendorf“
Gesamtschulstandort in Ossendorf
AN/1547/2018**

**Änderungsantrag zur Vorlage „Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln-Ossendorf“, DS-Nr. 2419/2018
AN/1535/2018**

Herr Dr. Schlieben trägt vor, dass zu der Verwaltungsvorlage 3 Änderungsanträge vorliegen, die sich von ihrem Tenor nicht grundsätzlich unterscheiden. Zunächst jedoch bittet er die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Dr. Klein erläutert ausführlich den Verwaltungsvorschlag, der bereits Teile der in der heutigen Sitzung zur Erörterung anstehenden Schulentwicklungsplanung aufgreift. Die Beschlussfassung zur Planungsaufnahme der beiden Standorte Ossendorf und Rondorf sieht die Verwaltung als besonders dringlich, weil zu erwarten ist, dass im kommenden Anmeldeverfahren insbesondere in den Bezirken Ehrenfeld und Nippes eine sehr große Knappheit an Gymnasialplätzen entstehen wird. Im letzten Jahr konnten stadtweit in 174 Fällen nicht der Erst- und der Zweitwunsch erfüllt werden. Sie erläutert, dass die Verwaltung es als erforderlich ansieht, dass das Leonardo-da-Vinci Gymnasium Blücher Straße, Nippes, im Schuljahr 2020/21 am Standort der Hauptschule Bülowstraße zusätzliche Eingangsklassen bilden müsse, um das Defizit an Gymnasialplätzen zu mindern.

Eine Verschärfung der Situation ist hier wie auch andernorts durch die bevorstehende Umsetzung von G9 zu erwarten. Sie erläutert, warum die Verwaltung davon abgerückt ist, auf diesem Standort im Butzweilerhof ein Berufskolleg anzusiedeln. Wegen der besonderen Situation muss stattdessen schnellstmöglich neuer Schulraum für allgemeine Schulen geschaffen werden. Die Verwaltung hat auch mit der Internationalen Friedensschule gesprochen und schlägt vor, das große Schulgrundstück mit dieser privaten Schule zu teilen. Ein wesentlicher Grund dafür sei, dass die Internationale Friedensschule zur Zeit noch Räume am Standort

Neue Sandkaul in Widdersdorf nutzt, an dem das städtische Gymnasium zum Schuljahr 2018/19 in Betrieb gegangen ist und in den folgenden Jahren aufwächst. Die Verwaltung als Schulträger hat daher ein besonderes Interesse, die zügige Verlagerung der Internationalen Friedensschule an einen geeigneten Standort zu unterstützen.

Zusammenfassend stellt die Dezernentin fest, dass in Ossendorf die Möglichkeit bestünde, zum Schuljahr 2020/21 ein Gymnasium in einem Interim starten zu lassen und wirbt dafür, der Ausschuss möge der Nutzung als Gymnasialstandort zustimmen.

Herr Dr. Schlieben ruft nun zunächst die Statements der Sprecher der Fraktionen zu den jeweiligen Änderungsanträgen auf.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, stellt klar, dass in der politischen Abwägung der Abbau des großen Mangels an Gesamtschulplätzen von rund 1000 als notwendig angesehen wird. Zudem bringe jeder zusätzliche Gesamtschulplatz eine Entlastung für die Gymnasien. Die Gesamtschule solle 6-zügig werden und auch Platz für die Internationale Friedensschule lassen. Für seine Fraktion sieht er die Möglichkeit, sich hinsichtlich der anderen Anträge auf eine gemeinsame Linie zu verständigen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, stimmt dem grundsätzlich zu. Er nimmt Bezug auf die im letzten Anmeldeverfahren zusätzlich 270 gegründeten Gesamtschulplätze; trotzdem sei die Zahl der Ablehnungen gleich geblieben. Dies belege eine sehr große Nachfrage nach Gesamtschulplätzen im fraglichen Stadtbezirk. Wegen der Größe des Grundstückes schlägt seine Fraktion eine 8-zügige Gesamtschule vor.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, betont in ihrer Stellungnahme ebenfalls den sehr großen Bedarf an Gesamtschulplätzen. Daher präferiere auch ihre Fraktion an dieser Stelle eine Gesamtschule zuzüglich natürlich der Grundschule.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, benennt, dass nach seiner Kenntnis 142 Ablehnungen für Gesamtschulplätze in Ehrenfeld nur 15 Ablehnungen für Gymnasial-Anmeldungen gegenüber stehen. Deswegen sieht er dort einen überwiegenden Bedarf für neue Gesamtschulplätze. 6 Züge sieht seine Fraktion als ausreichend an. Die Zusammenarbeit mit der Internationalen Friedensschule bewertet er als sehr konstruktiv; sie sei ein wichtiges Schulangebot, welches in Köln gebraucht werde. Insofern solle dem Anliegen der Friedensschule nachgekommen werden.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, sieht dem gegenüber hier einen überwiegenden Bedarf an Gymnasialplätzen und möchte daher dem Vorschlag der Schulverwaltung folgen. Sie sieht die Bezugnahme auf die Zahl der Anmeldungen bzw. Ablehnungen von Gesamtschulplätzen als problematisch an, da aufgrund des zweigeteilten Anmeldeverfahrens viele Eltern prioritär ihre Kinder an Gesamtschulen anmelden. Daher sei ein gemeinsames Anmeldeverfahren wesentlich aussagekräftiger und würde den tatsächlichen Bedarf eher abbilden.

Herr Kockerbeck entgegnet zu den Ausführungen zum vorgezogenen Anmeldeverfahren, dass dieses eben gerade gewählt wurde, weil in Köln zu wenige Gesamtschulplätze vorhanden sind. Würde insofern das Angebot an Gesamtschulplätzen erhöht, bestünde die Möglichkeit, die Anmeldeverfahren später zusammenzuführen. Zum 2. Teil des Antrages seiner Fraktion erläutert er, dass das Grundstück - auch nicht in Teilen - verkauft werden dürfe. Vielmehr solle es für öffentliche/städtische Schulen zur Verfügung stehen.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, weist grundsätzlich auf die Bedeutung der Berufskollegs für die berufliche Bildung hin und bittet um Auskunft, was die Zurückstellung der Pläne für die lange vorgesehene Ansiedlung des Berufskollegs in Ossendorf bedeutet. Das Grundstück sei seit längerem in der Diskussion für ein Berufskolleg für die Gesundheitsberufe gewesen; nun seien die Pläne geändert worden, offensichtlich ohne dass die Betroffenen von der Verwaltung darüber informiert wurden.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet um Auskunft, wer diese Schulen bauen soll. Er bittet um eine Einschätzung, ob dazu die Moderne Stadt als Grundstückseigentümerin gebeten werden könne.

Frau Dr. Klein entgegnet zu den aufgeworfenen Fragen bezüglich des Ersatzstandortes für die Verlagerung eines Berufskollegs aus der Innenstadt, dass aus Sicht der Verwaltung dafür der neue Stadtteil Kreuzfeld geeignet wäre. Dort könnte sich ein Campus entwickeln. Die Kritik hinsichtlich der Kommunikation sei nachvollziehbar, jedoch habe die Verwaltung von Seiten der Berufskollegs bislang keinen Vorschlag für einen Verlagerungsprozess erhalten. Eine Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung für Berufskollegs sei angesichts der großen Herausforderungen aus Kapazitätsgründen derzeit nicht leistbar. Die Erweiterung am Standort Weinsbergstraße sei derzeit noch in Verhandlungen, sodass eine konkrete Auskunft nicht gegeben werden kann.

Das hier diskutierte Grundstück in Ossendorf gehört der Modernen Stadt. Die Idee, diese städtische Gesellschaft für einen Bau zu motivieren, sei in der Vergangenheit von deren Gremien abgelehnt worden. Ergänzend weist Frau Dr. Klein darauf hin, dass sich die entsprechende Projektgesellschaft für die Entwicklung des ehemaligen Butzweilerhofs zum Ende 2018 rückabgewickelt wird. Trotzdem wäre die Übernahme der Bauaufgabe durch die Moderne Stadt grundsätzlich eine denkbare Option, um die Planungs- und Bauphase zu beschleunigen.

Zur Frage der Ansiedlung einer Gesamtschule merkt Frau Dr. Klein an, dass die Änderung des Planungszieles für eine Gesamtschule aufgrund des dann notwendigen Ganztagsbetriebes nach erster Einschätzung nur eine Größe von 4 Zügen erlauben würde.

Herr Dr. Schlieben unterbricht die Sitzung für 3 Minuten.

Anschließend teilt er mit, dass die 3 Änderungsanträge der Fraktionen durch 2 neue Änderungsanträge ersetzt werden. Dabei handelt es sich zum einen um einen Antrag der Fraktion Die Linke, der sich auf den zweiten dort vorgesehenen Schulstandort bezieht und sodann um einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke sowie Bunt, der abweichend von der Verwaltungsvorlage die Planung einer Gesamtschule in Ossendorf zum Inhalt habe.

Vor Beschlussfassung möchte Herr Kockerbeck wissen, wie die Idee der Inklusion bei der Planung berücksichtigt wird, wenn die Ausrichtung, ob die Schule inklusiv arbeiten soll, erst durch die neue Schulkonferenz beschlossen werden könne. Frau Dr. Klein informiert, dass alle Gesamtschulen inklusiv arbeiten.

Zur Beschlussfassung:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Abmilderung des Schulnotstandes die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung:

- eines 6/8-zügigen Gymnasialgebäudes (ohne Ganztagsbetrieb) inkl. einer 2-fach – und einer 3-fach Turnhalle und einer Hausmeisterdienstwohnung an der Fitzmauricestraße sowie

- eines 1-zügigen Grundschulgebäudes inkl. einer 1-fach Turnhalle an der Anna-Lindh-Straße,

beide in 50829 Köln-Ossendorf.

Das Grundschulgebäude muss (mit einem später zu planenden Erweiterungsbau) auf bis zu insgesamt 3 Züge erweiterbar sein.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen und Kostenermittlungen aufzunehmen und voranzutreiben.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rd. 9,3 Mio. € (8,1 Mio. € Gymnasium, 1,2 Mio. € Grundschule). Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0301 veranschlagt.

Beschluss zu: AN/1549 CDU/ Die Grünen

Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Abmilderung des Schulnotstandes die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung

- einer Gesamtschule als Ganztagschule an der Fitzmauricestraße sowie
 - eines 1-zügigen Grundschulgebäudes inkl. einer 1-fach Turnhalle an der Anna-Lindh-Straße,
- beide in 50829 Köln-Ossendorf.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen und Kostenermittlungen aufzunehmen und voranzutreiben.

Beschluss zu: AN/1547 SPD/ Bunt

Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Deckung des dringend erforderlichen Bedarfs an Gesamtschulplätzen die Planungsaufnahmen (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung

- eines 6-zügigen Gesamtschulgebäudes mit Ganztagschulbetrieb inkl. einer 2-fach und einer 3-fach Turnhalle und einer Hausmeisterwohnung an der Fitzmauricestraße sowie
 - eines 1-zügigen Grundschulgebäudes inkl. einer 1-fach Turnhalle an der Anna-Lindh-Straße
- in Köln-Ossendorf.

Die weiteren Beschlusspunkte aus der Verwaltungsvorlage bleiben unberührt. Die Planungskosten sind für eine 6-zügige Gesamtschule anzupassen.

Beschluss zu: AN/1535 Die Linke

1. Der erste Spiegelstrich („eines 6/8-zügigen Gymnasialgebäudes...“) wird ersetzt durch:
„- **eines Gebäudes für eine achtzügige inklusive Gesamtschule mit gebundenem Ganztag** inkl. einer 2-fach und einer 3-fach Turnhalle und einer Hausmeisterwohnung an der Fitzmauricestraße sowie“
2. Die Zahlen der Planungskosten im letzten Absatz werden entsprechend angepasst.
3. Nach dem Ende des Beschlusstextes wird ergänzt:
„Weder das ganze Grundstück noch Teile davon werden veräußert. Auf diesem städtischen Grundstück werden allein städtische Schulen zur Deckung des Bedarfs an öffentlichen Schulen errichtet.“

Die drei zuvor aufgeführten Änderungsanträge wurden im Lauf der Beratung ersetzt durch zwei mündlich neu formulierte Änderungsanträge:

- Die Linke wegen einer Frage zu dem zweiten Schulstandort sowie
- der Fraktionen von SPD, CDU, Die Grünen, Die Linke, Bunt für eine Änderung in eine Gesamtschule in Ossendorf

Beschluss zum mündlichen Änderungsantrag:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Abmilderung des Schulnotstandes die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung

- einer Gesamtschule als Ganztagschule an der Fitzmauricestraße mit maximal 6 Zügen zuzüglich einer 3--fach Turnhalle bzw. optional einer 2--fach Turnhalle sowie einer Hausmeisterwohnung

- eines 1-zügigen Grundschulgebäudes inklusive einer 1--fach Turnhalle an der Anna-Lindh-Straße,

beide in 50829 Köln-Ossendorf.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gesamtschulplanung entsprechend anzupassen und die Planungen und Kostenermittlungen für die Schulen aufzunehmen und voranzutreiben.

Darüber hinaus bittet der Ausschuss für Schule und Weiterbildung die Verwaltung an die Modernen Stadt als Grundstückseigentümerin mit der Fragestellung heranzutreten, ob von dort Bereitschaft zur Errichtung des bzw. der Schulgebäude besteht.“

Abstimmungsergebnis:

Zugestimmt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Die Grünen, Die Linke gegen die Stimmen der FDP-Fraktion.

Ergänzend beantragt Herr Kockerbeck, über den 3. Punkt seines ursprünglichen Änderungsantrages „Weder das ganze Grundstück noch Teile davon werden veräußert. Auf diesem städtischen Grundstück werden alleine städtischen Schulen zur Deckung des Bedarfs an öffentlichen Schulen errichtet“ abstimmen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen gegen Die Linke abgelehnt.

Danach lässt der Ausschussvorsitzende über die so geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke gegen die Stimmen der FDP-Fraktion.

4.2 Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 15.05.2018 zur Verlagerung des Berufskollegs Porz (BK 10) 2803/2018

Die Beschlussfassung über diese Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung auf Wunsch der CDU-Fraktion vertagt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Porz zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt bis zur nächsten Ausschusssitzung.

4.3 Planungsaufnahme zur Erstellung eines Neubaus der Turnhalle für die KGS Fußballstraße 55, Köln-Merheim 1217/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) für den Neubau einer Zweifachturnhalle für die Katholische Grundschule Fußballstraße 55, 51109 Köln-Merheim.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.4 Sanierung der Sporthalle an der Realschule Neusser Straße 421, 50733 Köln - Baubeschluss 2622/2018

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, bittet um Auskunft, warum diese Turnhalle nun bereits wieder sanierungsbedürftig ist, obwohl sie vor noch nicht langer Zeit neu gebaut worden ist. Frau Kißmann, Gebäudewirtschaft, sagt zu, diese Frage klären.

(Anmerkung der Gebäudewirtschaft: Es handelt sich um eine Verwechslung. Neu gebaut wurde die Dreifachturnhalle Nippeser Tälchen. Saniert wird dagegen die Einfachturnhalle auf dem Schulgrundstück Neusser Straße.)

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion, bittet um Auskunft, ob die Gebäudewirtschaft nunmehr wieder Aufträge des Ausschusses entgegennehmen könne. Frau Dr. Klein stellt diesbezüglich in Aussicht, dass sie und Herr Beigeordneter Greitemann gemeinsam in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses die Prioritätenliste für Schulbaumaßnahmen vorstellen werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Generalsanierung der Sporthalle in der Peter-Ustinov-Realschule, Neusser Str. 421, 50733 Köln gemäß der Energieleitlinie mit Gesamtkosten in Höhe von 1.530.000 Euro brutto, stellt den Bedarf fest und beauftragt die Verwaltung mit der Submission, Bau durchführung und Einrichtung. Zudem genehmigt der Rat der Stadt Köln einen Risikozuschlag in Höhe von 10 Prozent bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten. Dies entspricht einem Betrag von 151.389 Euro.

Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von rund 54.580 Euro,

die voraussichtlich ab Haushaltsjahr 2020 aus bereits veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 9.000 Euro sind im Haushaltsjahr 2020 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 11.000 Euro erfolgt frühestens zum Haushaltsjahr 2020 aus veranschlagten Mitteln aus dem Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, Zeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.5 Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für eine Gesamtschule und zwei Grundschulen im Neubaugebiet Rondorf Nord-West 2574/2018

Änderungsantrag zu TOP 4.5 – Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für eine Gesamtschule und zwei Grundschulen im Neubaugebiet Rondorf Nord-West AN/1550/2018

Frau Dr. Klein nimmt Stellung zu dem Beschlussvorschlag, warum die Verwaltung hier den Bedarf zur Errichtung einer Gesamtschule sieht, obwohl noch im Jahr 2016 ein Gymnasium vorgeschlagen worden ist. Das sei durch eine geänderte Einschätzung des Zeitfaktors bedingt. Damals sah es so aus, dass sich die Parkstadt Süd rascher entwickeln würde, weswegen dort die Gesamtschule vorgeschlagen wurde. In Ergänzung dazu hatte die Verwaltung für Rondorf ein Gymnasium vorgeschlagen. Heute stellt sich nach Einschätzung der Verwaltung die Lage genau andersherum dar, nämlich dass das Baugebiet Rondorf Nordwest schneller realisiert werden kann. Das liegt daran, dass ein privater Investor das gesamte Baugebiet entwickeln wird. Zudem wird das Baugebiet selbst größer; derzeit sind rund 1300 Wohneinheiten geplant. Und es könnten noch mehr werden. Aus diesem Grunde schlägt die Verwaltung dort eine Gesamtschule vor, die alle Schulabschlüsse anbietet. Dies würde den Interessen der Eltern am ehesten entsprechen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion erläutert zu dem gemeinsamen Änderungsantrag, dass die antragstellenden Fraktionen dies anders als die Verwaltung einschätzen. Eine neue Gesamtschule sollte stattdessen lieber in Ossendorf errichtet werden.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergänzt, dass die Fraktionen neben einem Mangel an Gymnasialplätzen einen noch größeren Mangel bei den Gesamtschulplätzen sehen. Deshalb wird der Beschluss noch darum erweitert, dass in der Parkstadt-Süd eine Gesamtschule realisiert werden soll. Und zuvor in Rondorf ein Gymnasium entstehen soll. In diesem Zusammenhang sollte versucht werden, dass der Projektentwickler des Baugebietes die Realisierung der Schule übernimmt. Die Parkstadt-Süd kann zeitlich später die neue Gesamtschule aufnehmen. Weil bekanntlich die Zeit für die Entwicklung neuer Schulplätze drängen würde, konnten die Bezirksvertretungen in beiden Fällen vorher nicht eingebunden werden.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin SPD-Fraktion, berichtet zur Schulsituation im Stadtbezirk 2, dass die Schulanmeldungen aus Rodenkirchen, die nicht an der Gesamtschule untergebracht werden könnten, überall an andere Stellen ausweichen würden; beispielsweise in

die Innenstadt und nach Zollstock. Sie berichtet weiter, dass die Realschule in Godorf bereit war, einen zusätzlichen Hauptschulzweig aufzunehmen. Die seitens der Schule vorgesehene Konzeption war jedoch aus schulrechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Hinzu kommen in der 7. Klasse Abgänge vom Gymnasium im Umfang von einer Klasse. Was also muss geschehen?

Es müssen mehrere teils sehr heterogene Stadtteile im Stadtbezirk versorgt werden. Diese Schülerinnen und Schüler können nicht mehr alle im zentralen Bereich des Stadtbezirks berücksichtigt werden. Es habe im Jahr 2016 zwei runde Tische gegeben bestehend aus den Schulleitungen, der Bezirksvertretung Rodenkirchen; sie selbst habe auch teilgenommen. Interessant daraus und festzuhalten ist, dass sich der Runde Tisch auf eine konkrete Frage nach einem zusätzlichen Gymnasium anhand der Einschätzungen zu der gegebenen Situation überwiegend für eine Gesamtschule für Rondorf ausgesprochen habe. Auch die Grundschulleiter hätten dies so bestätigt. Sie bittet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Schulausschusses, diese Äußerungen der fachlichen Seite zu berücksichtigen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bemerkt zu diesem Vortrag, dass es im Bezirk Rodenkirchen 2 Plätze gibt, an denen die Einrichtung von Gesamtschulen möglich wäre. Auch in der Innenstadt gebe es viel zu wenige Gesamtschulplätze; und das Gelände der Parkstadt-Süd sei von beiden Richtungen aus gut angebunden. Er räumt ein, dass die weitere Entwicklung im Bezirk beobachtet werden müsse.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt zur Realschule in Godorf, dass die Antwort der Schulverwaltung seinerzeit gewesen sei, man brauche das neben der Realschule gelegene Grundstück nicht; er möchte gerne die Gründe dafür erfahren. Herr Gräbener bemerkt dazu, dass dieses kleine Wohngrundstück nicht für einen weiteren Zug an dieser Schule ausreichen würde. Der Verwaltung hätte dieses sehr kleine Grundstück zur Deckung des Schulbedarfs somit nicht weitergeholfen.

Herr Dr. Schlieben lässt zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag als den Weitestgehenden entscheiden; falls erforderlich danach über die Alternative und die Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung:

1. eines Schulgebäudes für eine 6/5-zügige Gesamtschule, einer Hausmeisterdienstwohnung, einer 1-fach und einer 3-fach Turnhalle,
2. eines Schulgebäudes für eine 4-zügige Grundschule inklusive einer Hausmeisterdienstwohnung sowie einer 2-fach Turnhalle,
3. eines Schulgebäudes für eine 2-zügige Grundschule inklusive einer Hausmeisterdienstwohnung sowie einer 2-fach Turnhalle

im Neubaugebiet Rondorf Nord-West.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen und Kostenermittlungen aufzunehmen und voranzutreiben.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rd. 14,2 Mio. € und unterteilen sich auf 8,4 Mio. € für die Gesamtschule, 3,4 Mio. € für die 4-zügige Grundschule und 2,4 Mio. € für die 2-zügige Grundschule.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind in den Haushaltsjahren 2019 mit 7,7 Mio. und 2020 mit 6,5 Mio. im Teilergebnisplan 0301,

Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Herr Dr. Schlieben lässt zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen sowie FDP abstimmen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die oben stehende Planungsaufnahme jedoch mit folgender Änderung zu Punkt 1 und mit der Ergänzung 1a):

1.) eines Schulgebäudes für ein 5/7-zügiges Gymnasium in Ganztagsform, einer Hausmeisterwohnung, einer 1-fach und einer 3-fach Turnhalle.

1a) Entgegen der in der Anlage 5 gemachten Ausführungen zur Parkstadt Süd soll dort anstelle eines Gymnasiums eine Gesamtschule errichtet werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen und Kostenermittlungen aufzunehmen und voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, FDP gegen 2 Stimmen der SPD-Fraktion angenommen.

Anschließend lässt Herr Dr. Schlieben über die so geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, FDP bei 2 Enthaltungen der SPD-Fraktion zugestimmt.

**4.6 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen in Köln 2018
3179/2018**

Frau Dr. Klein stellt dem Ausschuss die Neuauflage der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Köln vor. Die letzte Fassung stammte aus dem Jahr 2016; die vorherigen aus den Jahren 2012 und 2011. Inhaltlich handelt sich um eine Weiterentwicklung der bisherigen Planung. Frau Dr. Klein berichtet, dass diese Präsentation am heutigen Mittag in einer Pressekonferenz vorgestellt worden ist.

Im Wesentlichen geht es mit der Weiterentwicklung um die durch Landtagsbeschluss vom Sommer 2018 feststehende Rückkehr zum 9-jährigen Gymnasium (G9), was in Köln zusätzlichen Handlungsbedarf auslöst. Aus diesem Grund konnte die Vorstellung der Schulentwicklungsplanung nicht weiter zurückgestellt werden, um auf die Fertigstellung der kleinräumigen Bevölkerungsprognose zu warten. Alleine diese Entscheidung des Landtages zu G9 bedeutet für Köln den verlängerten Verbleib eines Jahrganges mit derzeit rund 4000 Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien - mit entsprechendem Raumbedarf. Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass die Kölner Gymnasien ausgelöst durch die Bevölkerungsentwicklung schon seit Jahren Mehrklassen einrichten mussten und die durch G8 entstandenen „Raumreserven“ dadurch aufgebraucht sind.

Die Beschlussvorlage enthält eine Zwischenbilanz zu den mit früheren Fassungen der Schulentwicklungsplanung - speziell in 2016 - vorgestellten Einzelmaßnahmen. Weiter ist ein Bericht über die notwendigen und vorhandenen Flächen für die Schulen eingeschlossen. Vorschläge für die einzelnen Schulformen an verschiedenen Standorten seien entwickelt worden.

Insgesamt schlägt die Verwaltung vor, einen Schwerpunkt auf die Entwicklung der Gesamtschulen zu legen. Deswegen sieht die Verwaltung mit der Schulentwicklungsplanung vor, Standorte für 13 neue Gesamtschulen sowie 8 neue Gymnasien zu entwickeln. Und das, obwohl Köln im letzten Jahrzehnt sieben neue Gesamtschulen auf den Weg gebracht und Schulplätze im Umfang von vier neuen Gymnasien bereitgestellt hat.

Unverändert besteht die Herausforderung durch steigende Schülerzahlen weiter. Die Zwischenbilanz zeigt, dass 51 von bislang 122 Maßnahmen ganz oder teilweise umgesetzt werden konnten. Durch das neue Maßnahmenpaket kommen noch 40 weitere Maßnahmen hinzu; in der Summe sind nunmehr 162 Maßnahmen zu stemmen. Im Bereich der Grundschulen werden alleine 25 neue Schulen dieser Schulform vorgeschlagen. Ergänzend weist Frau Dr. Klein hin, dass dies natürlich vorlaufend das Bereitstellen entsprechender Plätze in Kindertagesstätten bedingt.

Frau Dr. Klein erläutert, dass alle Schulen einen schriftlichen Hinweis der Verwaltung auf diese Schulentwicklungsplanung bekommen haben, um Stellung dazu nehmen zu können. Wenn eine Schule darin etwas Kritisches aus ihrer Sicht bemerke, sei ein entsprechender Beschluss der Schulkonferenz unbenommen.

Frau Heuer ergänzt diese allgemeinen Angaben um nähere Fakten zu einzelnen umgesetzten Maßnahmen. So sei beispielsweise der Genehmigungsprozess bei der Bezirksregierung zur Gesamtschule Lindenthal noch nicht abgeschlossen; es gibt auch noch keine kommissarische Schulleitung. In Absprache mit der Bezirksregierung wird in Kürze ein Infoabend in der Aula der Realschule Berrenrather Straße stattfinden. Die Anmeldung an der neuen Gesamtschule in Dellbrück wird von Herrn Fabisch-Kordt (Willy-Brandt-Gesamtschule) organisiert. Zusätzlich geht Frau Heuer kurz auf weitere Maßnahmen der Ersatzschulen ein; beispielsweise die Grundschule und die Gesamtschule im Bildungscampus des Erzbistums Köln. In absehbarer Zeit wird es durch die gemeinsame Nutzung der Schule in Widdersdorf zusammen mit der Internationalen Schule sehr eng werden; insofern verweist sie auf den geplanten neuen Standort für die letztgenannte Schule.

Bei den Anmeldungen an den Gymnasien gab es im letzten Jahr erhebliche Platzprobleme in Nippes und Ehrenfeld; im nächsten Jahr wird das noch stärker werden. Noch nicht klar ist, wie neue Gymnasialplätze angeboten werden können. Seit 5 bis 6 Jahren nehmen die Gymnasien mehr Schülerinnen und Schüler auf, als Plätze vorhanden sind. Die Gymnasien haben sehr klar dargestellt, dass sie diesen Prozess nicht mehr fortführen können, weil durch G9 die Schülerinnen und Schüler länger in der Schule verbleiben werden. Zum nächsten Schuljahr werden deswegen kaum neue Mehrklassen gebildet werden können, wenn nicht den Gymnasien mit einem gesicherten vorgezogenen Start neuer Gymnasien eine Entlastungsperspektive in Aussicht gestellt werden kann.

Ein noch größeres Problem für neue Schulen sind die knappen Flächen. Dabei sieht sich die Schulverwaltung immer an letzter Position, wenn es um die Verteilung der Nutzungen geht. Dabei steht der Platzanspruch für Schulen in direkter Konkurrenz mit Flächen für den ebenfalls benötigten Wohnungsbau. Frau Heuer appelliert an die Vertreter der Fraktionen, hier unterstützend tätig zu werden, damit als erstes die Bildungsinfrastruktur gesichert/hergestellt wird. Das bedingt auch die Sicherung von Schulreserveflächen.

Das Ganze geht einher mit einer unverändert hohen Nachfrage nach Gesamtschulplätzen. Alle Erfahrungen zeigen, dass die Eltern primär Gesamtschul- oder Gymnasialplätze nachfragen. Frau Heuer stellt deutlich heraus, dass die Verwaltung hinsichtlich der Bereitstellung von Schulplätzen neben dem Bau von Schulen keinen „Plan B“ mehr hat. Es bedürfe dafür jetzt zwingend eines Flächenbereitstellungskonzeptes für die Schulen.

Ergänzend zu diesen Ausführungen erläutert Herr Hölzer, dass die Verwaltung neben der Notwendigkeit von 25 neuen Grundschulen erwartet, dass sich das Schulsystem weiter in Richtung Zweigliedrigkeit entwickelt; die Folie 10 des Vortrages zeigt im Ergebnis, wo welche Schulformen als sinnvoll gesehen werden.

Die Kinder, die jetzt bereits in der Klasse 5 sind, sind die ersten, künftigen G9-Kinder. Die Verwaltung hat die Verantwortung, auch für diese Kinder vertretbare Schulsituationen zu schaffen. Insofern hat die Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen die jetzt vorliegenden Vorschläge entwickelt, wo welche Schulform angeordnet werden sollte.

Nach dem Ratsbeschluss zur Schulentwicklungsplanung 2018 muss es für jede schulorganisatorische Maßnahme noch einzelne Beschlussvorlagen geben. In 2019 wird die Verwaltung eine weitere Fortschreibung vorlegen, die dann die neue Bevölkerungsprognose sowie die Ergebnisse der Beratungen der Schulentwicklungsplanung in den Bezirksvertretungen berücksichtigt.

Konkret zu den Planungen für das Schuljahr 2019/20 bedeutet das 6 Züge zusätzlich durch die Schulformänderung in Lindenthal und die Verselbstständigung des Teilstandortes in Dellbrück. Die Willy-Brandt-Gesamtschule kann dadurch 2 Züge mehr aufmachen. Im Erlass des Ministeriums zur Inklusion fehlen noch konkrete Angaben zu den Klassengrößen und Klassenfrequenzen. Sollte der Klassenfrequenzrichtwert tatsächlich auf 25 Kinder reduziert werden, dann verliert die Stadt Köln an der Schulform Gesamtschule in etwa genauso viele Plätze, wie durch die jetzt vorgestellten schulorganisatorischen Maßnahmen gerade neu geschaffen werden können. Noch innerhalb der Verwaltung im Verfahren ist die vom Schulausschuss gewünschte Priorisierung der Schulbaumaßnahmen.

Frau Dr. Klein fasst zusammen, dass sich die Vorgehensweise der Verwaltung als strategisch sinnvoll herausgestellt habe, die Schulentwicklungsplanung einerseits perspektivisch als Leitplanung zu gestalten, andererseits auch auf Sicht zu machen um auf kurzfristige Veränderungen reagieren zu können. Beide Perspektiven werden aufeinander abgestimmt. Denn jedermann könne sehen, wie Entwicklungslinien beispielsweise durch Einzelentscheidungen im Land völlig verändert werden können und zudem die schnellen realen Veränderungen eine laufende Nachjustierung der Planung verlangen.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich im Namen des Schulausschusses herzlich für die Präsentation; er bittet, diese dem Protokoll als Anlage beizufügen. Er sieht die heutige Sitzung als Auftakt der Diskussion, die zumindest noch in der nächsten und ggf. in der Januarsitzung des Schulausschusses fortgesetzt werden könne.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, hat den Eindruck, dass die Berufskollegs in der vorgelegten Schulentwicklungsplanung nicht erwähnt sind; auch zu den Realschulen vermisst er entsprechende Passagen. Mit den 13 neuen Gesamtschulen sowie acht Gymnasien sieht er einen Ausgleich bei den Schülerzahlen als erreicht an. Herr Dr. Gutzeit möchte wissen, wie die Flächenkonkurrenzen hinsichtlich verschiedener Nutzungsansprüche bei freien Grundstücken innerhalb der Verwaltung abgestimmt werden.

Konkret zum Standort Schmiedegasse fragt er, ob neben der Schaffung einer neuen Gesamtschule auch noch die Auslagerung des Dreikönigsgymnasiums dorthin vorgesehen ist. Die Verwaltung bejaht dies. Außerdem möchte Herr Dr. Gutzeit Auskunft zu dem vorgesehenen neuen Grundschulstandort an der Pastor-Wolff-Straße haben.

Frau Dr. Klein berichtet, dass in der Schulentwicklungsplanung ein Höchstmaß der Kommunikation realisiert wurde mit den Institutionen, die einzubinden waren (Schulausschuss, Stadtbezirke, Schulen). Die Schulentwicklungsplanung für die Berufskollegs muss aufgrund der Personalsituation zurückgestellt werden. Realschulen werden nach wie vor in Köln gebraucht. Insbesondere im Rechtsrheinischen sind sie gut nachgefragt und müssen teilweise Mehrklassen bilden. Es ist zutreffend, dass im Rechtsrheinischen ein größeres Schülerpotenzial für diese Schulform vorhanden ist, als im linksrheinischen Stadtgebiet. Diese Situation findet sich in den insgesamt 162 Maßnahmen der Schulentwicklungsplanung auch wieder.

Zu den Nutzungskonkurrenzen merkt die Dezernentin an, dass eine einheitliche Verwaltungsmeinung gegeben ist. Die Stadtplanung habe den Auftrag, die gesamte Infrastruktur in der Planung zu berücksichtigen. Allerdings stehen alle Institutionen unter hohem Druck wegen der bekannten Immobiliensituation in Köln.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bedankt sich für diese überzeugende Darstellung der gegebenen Herausforderungen und Lösungsvorschläge. Er sieht den Schwerpunkt der Maßnahmen bei den Gymnasien und Gesamtschulen und spricht sich dafür aus, deren Verhältnis von etwa 13 zu acht gleich zu halten, um insgesamt eine ausreichende Platzzahl bereitzustellen.

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen befürwortet, diese Planung quasi als lebendes System anzulegen. Auch seine Fraktion begrüßt den in etwa Gleichstand zwischen den Plätzen an Gesamtschulen und Gymnasien. Er erachtet es als wichtig, dieses Programm anhand einer realistischen Prioritätenliste abzarbeiten. Zudem solle möglichst geprüft werden, wer neben der Gebäudewirtschaft noch in der Lage sei, Schulen zu bauen. Er fragt, ob die Senkung der Klassenfrequenzrichtwerte eine verbindliche Vorgabe sei oder es sich um eine Kannbestimmung handelt.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin Bündnis 90/Die Grünen, bittet konkret zur Kath. Hauptschule Bülowstraße um Auskunft, weil die Schule diesen Standort verlassen und dabei den Stadtbezirk wechseln solle. Als neuer Standort sei die Dagobertstraße (Stadtbezirk Innenstadt) vorgesehen. Dort aber sieht sie eine Konkurrenz zur Hauptschule Großer Griechenmarkt gegeben. Offensichtlich soll dieser Umzug nach 2019 vorgezogen werden; sie möchte deswegen wissen, welche Schulen das entfallende Angebot im Stadtbezirk Nippes kompensieren sollen? Etwa die Reutlinger Straße?

Frau Dr. Klein nimmt Stellung zu diesem Vorschlag und erläutert, wie diese Maßnahme bislang vorgesehen ist. Wenn in der Bildungslandschaft Altstadt Nord die Gebäude für die Grund- und Realschule fertig sind, werden die Grundschule und die Aufbaurealschule aus der Dagobertstraße dorthin umziehen und so den Platz für die Hauptschule Bülowstraße in der Dagobertstraße frei machen. In der Folge könnte das Leonardo-da-Vinci Gymnasium die bisherigen Räume der katholischen Hauptschule in der Bülowstraße nutzen, um einen weiteren Zug zu eröffnen und so das Platzangebot zu verbessern. Zunächst sei das nur ein Vorschlag, der noch mit den Schulen diskutiert werden muss. Die dabei sich möglicherweise abzeichnenden Schwierigkeiten möchte die Verwaltung keineswegs marginalisieren.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass der Ausschuss mit seinem soeben gefassten Beschluss für eine Gesamtschule anstelle eines Gymnasiums in Ossendorf die bereits knappe Situation für die Versorgung mit Gymnasialplätzen im Stadtbezirk Ehrenfeld wie auch in Nippes erheblich verschärft hat. Die Konsequenz aus dieser Entscheidung wird die Verwaltung sorgsam diskutieren. Es muss die gemeinsame Aufgabe sein, zusätzliche Gymnasialplätze zu schaffen, um die landesweit getroffene, auf dem Elternwunsch beruhende Entscheidung, zu G9 praxistauglich umzusetzen. Dies muss unabhängig von der Schulstrukturdiskussion und der Diskussion um fehlende Gesamtschulplätze geschehen.

Zur Frage von Herrn Thelen erläutert sie, dass die entsprechende Verordnung zur Ausführung des Erlasses des Landes noch nicht vorliegt, das Eckpunktepapier zur Neuausrichtung der Inklusion jedoch eine Reduzierung der Klassenstärke vorsah. Die Ausführungsverordnung bleibt abzuwarten. Sollte darin keine konkrete Richtzahl genannt werden, dann erwartet die Verwaltung intensive Diskussionen.

Herr Wirth, sachkundiger Einwohner Bündnis 90/Die Grünen, fragt, was mit den Schülern nach Abschluss der Erprobungsstufe geschieht und sieht dies durch die Verwaltung als nicht ausreichend berücksichtigt. Frau Dr. Klein entgegnet, dass man genau aus diesem Grunde als Verwaltung die Hauptschulen und Realschulen sehr zurückhaltend betrachtet und die Schulen nach Möglichkeit erhalte.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, merkt an, dass die Gymnasien mittlerweile keine räumlichen Möglichkeiten mehr haben, weitere Kinder aufzunehmen bzw. für diese Inklusion anzubieten. Dazu müssten zunächst einmal die baulichen Möglichkeiten geschaffen werden. Zum Rheingymnasium in Mülheim merkt Frau Ruffen an, dass die Schule bereits ein Ganztagsgymnasium sei und dass die im Planungsbericht dargestellte Aussage zu den räumlichen Möglichkeiten dort für G9 nach ihrer Einschätzung falsch sei. An diesem Beispiel stellt sie fest,

dass viele Schulen noch im Detail betrachtet werden müssen. Insgesamt sieht sie das Thema „G9“ als schwierig an, da der Plan hier vieles im Konjunktiv ausführt.

NACHTRAG der Verwaltung: in den Planungsbericht hat sich auf S. 74 ein Fehler eingeschlichen. Das Rheingymnasium ist eine gebundene Ganztagschule. Die G9 – Raumsituation wird kontrolliert, ggf. neu bewertet und die entsprechende Passage im Planungsbericht korrigiert.

Frau Heuer betont nochmals, dass es neben dem Neubau von Schulen keinen Plan B mehr gibt. Die neue Stundentafel für das G9-Gymnasium sieht nach dem aktuellen Stand keinen zwingenden Nachmittagsunterricht mehr vor.

Frau Dr. Klein rekurriert zur Frage des gebundenen Ganztages auf dessen Entstehung. Zur Einführung des gebundenen Ganztages gab es für jede einzelne Schule einen Beschluss der Schulkonferenz, einen entsprechenden Ratsbeschluss und eine Genehmigung der oberen Schulaufsichtsbehörde. Von den derzeitigen Halbtagschulen muss bei geänderten Lehrplänen (verringerte Wochenstundenzahl, Entfall des Pflichtunterrichts am Nachmittag) und in der jetzigen Situation erwartet werden, dass vorhandene Raumkapazitäten, die in den vergangenen Jahren in vielen Fällen für ganztägige Angebote genutzt wurden, vor dem Hintergrund von G9 möglichst wieder für Unterrichtszwecke genutzt werden. Es treffe nicht zu, dass die Verwaltung den Ganztage einfach abschafft; insofern müsse mit den Schulen diskutiert werden.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, dankt der Schulverwaltung für die Ausweisung einer ganzen Reihe von Standorten für die einzelnen Schulformen. Er merkt an, dass viele Gymnasien den Ganztage nicht aufgeben wollen, weil die Eltern eine verlässliche Betreuung am Nachmittag erwarten. Genauso sei es bei den wenigen Gymnasien, die sich für Inklusion entschieden haben und diese auch fortführen wollen. Seine Fraktion würde es befürworten, wenn die Inklusion noch mehr wertgeschätzt würde.

Die hohe Zahl der Ablehnungen an Gesamtschulen werde sich voraussichtlich fortführen, da die neuen Gesamtschulen noch eine Zeit bis zu ihrer tatsächlichen Bereitstellung brauchen. Eng verknüpft mit der Schulentwicklungsplanung sieht er die Neuorganisation der Gebäudewirtschaft, da durch diese Nennenswertes umgesetzt werden müsse.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, ist verwundert über die Diskrepanz zwischen dem Lob an die Verwaltung für die vorgelegte Schulentwicklungsplanung und die danach gefassten Beschlüsse, die genau gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen dieser Planung gerichtet sind. Er bezieht sich dabei auf die Aussage von Frau Heuer, dass ein Plan B nicht vorliege. Deswegen stellt er die Frage, was passiere, wenn die drei bis zum Jahr 2021 erforderlichen neuen Gymnasien nicht termingerecht fertiggestellt werden können. Könne dann G9 nicht umgesetzt werden?

Frau Heuer erläutert, dass dies durch die Bereitstellung von Mehrklassen nicht mehr zu schaffen ist; den Gymnasien sollte mit den in der Schulentwicklungsplanung enthaltenen Maßnahmen in Aussicht gestellt werden, dass kurzfristig Interimssituationen geschaffen werden, sodass die Möglichkeit besteht, ausnahmsweise noch mal für ein Jahr zusammenzurücken. Das aber ist mit dem zuvor gefassten Beschluss nun nicht mehr möglich.

Hierauf bezogen fragt Herr Dr. Schlieben, ob die Interimsstandorte zwingend an dem künftigen Standort liegen müssten. Frau Heuer bemerkt dazu, grundsätzlich schon, weil bei der Schulwahl oft die Wohnortnähe eine Rolle spiele. Daher sollten Interim und dauerhafter Standort in vertretbarer Entfernung zueinander liegen. In der Nähe der Übergangsgebäude müsse daher zeitlich absehbar ein endgültiges Schulgebäude für die gleiche Schulform entstehen, um den Umzug zu ermöglichen. Zum gebundenen Ganztage verdeutlicht sie, dass die Verwaltung die Schulen dazu bewegen möchte, diesen beizubehalten, sofern einzelne Schulkonferenzen eine Aufhebung des Ganztagesbetriebes beschließen sollte.

Herr Goss äußert in seinem Statement die Hoffnung, dass man den Ganztage als positive gesellschaftliche Entwicklung beibehalten könne. Möglicherweise könne man den Unterricht in

der Sek II in den Nachmittag verlegen. Zu den fehlenden Flächen für neue Schulbauten möchte er wissen, ob für die anvisierten Projekte (13 zu 8) die notwendigen Flächen bereitstehen. Was geschieht bei der Umsetzung des erwarteten Erlasses zur Neuausrichtung der Inklusion, wenn die Plätze pro Klasse reduziert werden? Bezogen auf die Stadtbezirke Ehrenfeld und Nippes befürchtet er, dass die Schülerzahlen sogar noch weiter ansteigen könnten, sodass es noch weiter verstärkter Anstrengungen bedürfe.

Zusammenfassend stellt er fest, dass bei ihm und den von ihm vertretenen Eltern der Eindruck entstanden ist, der Ausschuss sehe noch Gestaltungsspielräume für die kommunale Schulpolitik; dabei sei es so, dass die Rahmenbedingungen den Handlungsspielraum stark eingeschränkt hätten. Er sieht das Problem der rechtzeitigen und ausreichenden Schulraumbereitstellung nicht angemessen gewürdigt.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, bittet um eine Auskunft zu der Kooperation mit den benachbarten Schulträgern. Frau Dr. Klein entgegnet dazu, dass die katholische Kirche als Ersatzschulträger einen Bildungscampus in Kalk plant - und zwar mit einer Grund- und einer Gesamtschule. Zur Zusammenarbeit mit der Gemeinde Pulheim bemerkt sie, dass die Stadtverwaltung dabei auf einem guten Weg war mit Unterstützung durch die Bezirksregierung. Allerdings habe die Gemeinde Pulheim auf den gemeinsam entwickelten Vertragsentwurf bislang nicht konkret geantwortet. Die Gemeinde müsse auch noch mit ihren anderen Nachbarschulträgern sprechen. Letztlich dafür maßgeblich scheinen finanzielle Erwägungen zu sein. Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragt nach den zeitlichen Vorstellungen für die Planung für die Berufskollegs. Sie wirbt nochmals für eine bessere Berücksichtigung dieser Schulform gemessen an deren Bedeutung für die berufliche Bildung. Frau Dr. Klein bedauert, dazu keinen konkreten Termin für eine Schulentwicklungsplanung für die Berufskollegs nennen zu können. Sie bittet um Verständnis, dass zunächst die Entscheidung über G9 primär umgesetzt werden müsse, was die vorhandene Personalkapazität sehr stark binde.

Zur Frage des Herrn Goss nach den bereitstehenden Standorten verweist sie auf die Präsentation. Im innerstädtischen Bereich und darüber hinaus im Bezirk Nippes gibt es noch offene Standortfragen. 80 % der Fälle seien jedoch mit Grundstücken hinterlegt.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf den Redebeitrag von Herrn Wirth, der darauf aufmerksam gemacht habe, dass es bei künftig mehr Gymnasien auch mehr Rückläufer geben wird. Ihm ist in diesem Bezug nicht klar, ob für diese Schülerinnen und Schüler die Bestandsgarantie für die Realschulen tatsächlich ausreichend sein wird. Man müsse daher überlegen, ob nicht doch noch ggf. kleinere Realschulen neu errichtet werden müssen. Landesweit sei dazu ein leichter Aufwärtstrend feststellbar. Zum Standort Ossendorf habe die Verwaltung ausgeführt, man müsse überlegen, ob dort Ganztage angeboten werden sollte. Dazu bemerkt er, dass es neben G8 noch einen weiteren Grund für die Einführung des Ganztages gegeben habe; das war die familienpolitische Situation. Und diese hat sich mittlerweile so entwickelt, dass die Ganztagsbetreuung gebraucht werde. Daher solle der Schulausschuss darüber nachdenken, den Ganztage ggf. nur auf die unteren Klassen zu reduzieren; das würde bereits Räumlichkeiten einsparen.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, bittet nochmals um Klarstellung, warum nicht auch bei der jetzt für Ossendorf beschlossenen Gesamtschule dort ein Interim für Gymnasialplätze geschaffen werden könnte. Frau Heuer erläutert dazu, dass zum einen eine Gesamtschule größer gebaut werden muss und zum anderen in erreichbarer Nähe ein endgültiger Gymnasialschulbau entstehen müsse. Die Verwaltung wird aufgrund der Beschlusslage den Fall neu prüfen; klar ist aber bereits jetzt, dass die neue Schule eine 4-Zügigkeit überschreiten wird. Der hier angedachte Gymnasialstandort war eben gerade die Lösung, um in den Stadtbezirken Ehrenfeld und Nippes G9 umsetzen zu können; diese Möglichkeit fällt nun weg.

Frau Nesseler-Komp hat verschiedene Signale aus Brauweiler bekommen, dass hinsichtlich der Kooperation der Schulträger doch noch Bewegung möglich ist. Die Schule selbst würde

auch weiterhin Kinder aus Köln aufnehmen. Frau Dr. Klein stellt dazu fest, dass die Stadtverwaltung Köln nach wie vor unterschrittsbereit ist. Allerdings können diese zusätzlichen Schulplätze wegen der noch nicht abschließend geklärten Situation in der Schulentwicklungsplanung noch nicht berücksichtigt werden.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet um Aufklärung, warum bezüglich des Hölderlin-Gymnasiums die Aussage in der Schulentwicklungsplanung enthalten ist, wenn G9 kommt, müsse man von 3 auf 2 Züge zurückgehen. Die Schule habe auch zuvor 3 Züge gehabt. Eine weitere Nachfrage betrifft die Sicherung des Grundstückes der Russischen Föderation in Sülz. Dazu habe er im Werksausschuss der Gebäudewirtschaft nachgefragt und dort von dem neuen kaufmännischen Leiter die Antwort erhalten, der Auftrag sei von der Schulverwaltung zurückgezogen worden. Herr Brust wird dem Schuldezernat eine Kopie dieser Antwort zur Verfügung stellen. Frau Dr. Klein sagt zu, der Gebäudewirtschaft schriftlich zu antworten, dass das nicht zutreffend ist.

Herr Dr. Schlieben betont zum Protokoll, dass der Schulausschuss möchte, dass dieser Auftrag weiterverfolgt wird; seitens der Politik sei der Auftrag nicht zurückgezogen worden. Man werde zur gegebenen Zeit nachfragen.

Zu den Berufsschulen weist Herr Dr. Gutzeit darauf hin, dass vielen Eltern gar nicht bekannt ist, welche Arbeit in diesen Schulen geleistet wird. Frau Dr. Klein informiert darüber, dass am 14. November die Messe der Berufsschulen stattfinden wird, wo die Berufskollegs sich präsentieren und die Eltern sowie Schülerinnen und Schüler darüber informiert werden, welche Angebote dort vorgehalten werden. Es sei allerdings schwierig, den Blick der Öffentlichkeit auf diese Schulen zu richten.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner Die Linke, weist auf Unstimmigkeiten in der Schulentwicklungsplanung hin. Beispielsweise nennt er die Zahlen zu den Gesamtschulen; von den genannten 13 Gesamtschulen bestünden bereits vier. Auch bei übrigen Projekten seien einige Schulen genannt, die noch sehr weit in der Zukunft liegen würden. Das könne zu einem falschen Bild führen. Frau Dr. Klein betont, dass die Verwaltung wird auch weiterhin einen Schwerpunkt auf diese Schulform legen wird. Den Vorwurf, dass falsche Zahlen genannt worden sind, weist sie zurück.

Zu der Frage des Herrn Wirth bemerkt Frau Heuer, dass insgesamt die Zügigkeit der Gymnasien im Bestand gesenkt werden müsse, um G9 umzusetzen. Herr Hölzer ergänzt, dass das Hölderlin-Gymnasium in alter Form tatsächlich 3-zügig gewesen ist; allerdings kann eine 3-Zügigkeit mit dem aktuellen Raumprogramm im Raumbestand des Hölderlin-Gymnasiums nicht realisiert werden.

Frau Dr. Klein ergänzt zur Frage der Reduzierung von Zügigkeiten, dass zum Schuljahr 2020/21 Interimsgebäude für drei Gymnasien bereitstehen müssen, damit man von den bisher gebildeten Mehrklassen herunterkommt und so die Herausforderung G9 bewältigen könne. Beides zusammen kann den Gymnasien nicht zugemutet werden. Dazu wird die Verwaltung dem Ausschuss Vorschläge unterbreiten; einer dieser Vorschläge sei allerdings heute abgelehnt worden.

Herr Dr. Schlieben fasst die Diskussion so zusammen, dass der Ausschuss diese Vorlage zur Kenntnis nimmt und in die weiteren Gremien verweisen wird. Die inhaltliche Diskussion soll in der nächsten Sitzung des Schulausschusses fortgesetzt werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- (1) beschließt die „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2018“ als Rahmenplanung, mit der ein aktualisierter Gesamtüberblick über gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen (stark steigende Schülerzahlen, Schulstruktur

im Wandel, G9, Inklusion) sowie Lösungsansätze zur bedarfsgerechten Gestaltung der Kölner Schullandschaft allgemein bildender Schulen gegeben wird;

- (2) beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis und im weiteren Dialog mit Schulen und Bezirksvertretungen entsprechende schulorganisatorische Maßnahmen vorzubereiten und als Beschlussvorlagen bei gesicherter Finanzierung in die politischen Gremien einzubringen. Dabei ist der Auftrag zur Priorisierung von Schulbaumaßnahmen zu beachten, der mit einer gesonderten Vorlage erfüllt werden wird;
- (3) beauftragt die Verwaltung insbesondere, die notwendigen Flächen für die erforderlichen neuen Schulen aufgrund stark steigender Kinder- und Schülerzahlen durch ein Flächenbereitstellungskonzept Schulen zu sichern und planungsrechtlich entwickeln und dieses Konzept zu einer weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
- (4) beauftragt die Verwaltung, zeitnah nach Vorliegen einer neuen städtischen, kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung die vorliegende Fortschreibung der Kölner Schulentwicklungsplanung zu ergänzen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist die Vorlage zur Mitberatung in die anderen Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.7 Bestellung der Schriftführerin
3440/2018**

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bestellt für seine Sitzungen mit Wirkung vom 26.11.2018 für die restliche Zeit der Wahlperiode des Rates (2014 bis 2020) Frau Ramona Ullmann zur Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5 Mitteilungen

**5.1 Neues Kommunales Gesamtkonzept Kulturelle Bildung und Bewerbung um Fördergelder
2945/2018**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt fest, dass diese Mitteilung einen Förderantrag an das Land beinhaltet. Er bewertet positiv, dass zusätzlich die Rheinische Musikschule und die VHS in das Gesamtkonzept einbezogen worden sind. Befürworten würde seine Fraktion eine Rückmeldung der Schulen dazu, wie diese die Maßnahmen des Programmes einschätzen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, berichtet, dass er von Frau Bülow gehört habe, es müsse noch mehr für die Berücksichtigung der Kunst an Schulen unternommen werden. Er bittet deswegen um Auskunft, wie dieses Verhältnis zur Kultur gesehen wird. Frau Heuer merkt an, dass diese Frage eine innere Schulangelegenheit betrifft. Das Konzept kulturelle Bildung in

Köln (KuBiK) bezieht sich nicht auf den Unterricht, vielmehr könne jede Schule darin vielfältige Angebote finden und die zu ihr passenden daraus aussuchen. Sie berichtet weiter, dass alle an einer Talentschule interessierten Schulen sich enger mit der kulturellen Bildung verzahnen wollen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion begrüßt die vorliegende Mitteilung und stellt fest, dass dieses ein Bildungsthema sei, welches auch künftig im Schuldezernat organisatorisch verordnet bleiben sollte.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Jugendbefragung erfolgreich beendet – erste ausgewählte Ergebnisse im Blitzlicht 2954/2018

Herr Philippi, SPD-Fraktion, zeigt sich erfreut darüber, dass die Jugendlichen bei der Befragung ein eher positives Stadt Bild ihrer Stadt wiedergegeben haben.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Stellenverlagerung in der kommunalen Schulsozialarbeit 3173/2018

Auf die Frage von Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wie die Kommunikation mit den betroffenen Schulen gelaufen sei, antwortet Frau Heuer, dass das Sachgebiet darüber in laufender Kommunikation mit den Schulen steht.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Kommunales Integrationszentrum Köln übernimmt die Regionalkoordination für die Kölner „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ 3318/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.5 Inklusionsplanung für Kölner Schulen: Zwischenbilanz und Ausblick auf die Fortschreibung 3250/2018

Herr Dr. Schlieben bedankt sich für diese Mitteilung und plädiert dafür, sich damit inhaltlich in der nächsten Sitzung des Schulausschusses am 26. November intensiv auseinanderzusetzen. Auf seine Frage an die Verwaltung, ob die Verschiebung um drei Wochen etwas verschlagen würde, entgegnet Frau Dr. Klein, dass neben dem Erlass dann ggf. auch die entsprechende Ausführungsverordnung vorliegen werde. Dann könne die Verwaltung dazu Näheres aussagen.

Zu einer Anmerkung von Herrn Tempel, Stadtschulpflegschaft, stellt Herr Dr. Schlieben fest, dass die Beratung auf diese Weise noch vor der entscheidenden Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik stattfinden kann.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung vertagt die Beratung um eine Sitzung.

5.6 Talentschulen NRW 3503/2018

Herr Thelen, Bündnis 90/Die Grünen bittet um Auskunft zu den Meldungen der Schulen, ob es sich dabei um solche aus Bereichen mit schwieriger sozialer Zusammensetzung der Bevölkerung handelt. Frau Heuer teilt dazu mit, dass die Verwaltung dies in ihrer Beratung der Schulen entsprechend berücksichtigt habe. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.7 Erhöhter Reinigungsturnus für die Schultoiletten 3507/2018

Herr Philippi, SPD-Fraktion, findet es schade, dass es offensichtlich nicht möglich gewesen ist, an noch mehr Schulen mit der zweiten Reinigung zu beginnen. Herr Dr. Schlieben schlägt dazu vor, im Februar erneut den dann erreichten Sachstand nachzufragen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.8 Schülerbeförderung 3543/2018

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, bittet um Auskunft, ob der Schülerspezialverkehr nur für Schülerinnen und Schüler der Förderschulen oder für alle Schüler mit Förderbedarf gedacht sei; nach ihrer Wahrnehmung scheine es Probleme beim Besuch regulärer Schulen zu geben.

Frau Dr. Klein berichtet, dass die Verwaltung im intensiven Austausch mit den betroffenen Eltern steht. Einige Fälle werden nach dem klärenden Gespräch nochmals geprüft. Die Eltern hätten in dem Termin die Sichtweise geäußert, dass offensichtlich von der Verwaltung mehr Nachweise gefordert würden. Die Verwaltung teilt diese Auffassung nicht.

Frau Dr. Klein stellt jedoch klar, dass die Verwaltung weiter mit den Eltern reden wird. Diese fordern letztendlich eine Änderung der Schülerfahrkostenverordnung. Es handele sich dabei um eine Angelegenheit der Landesregierung und damit ein Thema, welches konnexitätsrelevant ist. Sie betrachtet es als schwierig, wenn der Rat einfach ein von den Landesregelungen abweichendes Verfahren beschließen würde. Sie plädiert dafür, dies eindeutig juristisch prüfen zu lassen.

Frau Gorklo-Blameuser ergänzt, dass die Prämissen der Schülerfahrkostenverordnung für alle Schulformen gleich sind. Es gibt konkrete Parameter wie beispielsweise die gesundheitliche Situation, die zu prüfen sind. Unabhängig davon ist es die Mitwirkungspflicht der Eltern, die nach dieser Verordnung zu prüfen sei. In der Anhörung beim Petitionsausschuss des Landtages wurde bestätigt, dass es bei der Stadtverwaltung Köln keine Verfahrensfehler gebe. Der Petitionsausschuss möchte die vorliegende Einzelpetition an den Schulausschuss des Landes verweisen. Dem Ministerium ist klar gewesen, dass bei einer eventuellen Änderung die Konnexität beachtet werden muss. Herr Dr. Schlieben nimmt für den Ausschuss mit, dass die Verwaltung sich an die geltenden Vorschriften halten muss und hält.

Zur Frage von Herrn Thelen zu einer möglichen Härtefallregelung verweist Frau Gorklo-Blameuser nochmals auf die Mitteilung und stellt heraus, dass es keineswegs „reihenweise Ablehnungen“ gegeben habe. Im Bereich der geistigen bzw. motorischen Einschränkungen sind es 10 Fälle.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bittet um Mitteilung, was diese Einzelfälle kosten würden und ob die Verwaltung die juristische Prüfung von selbst veranlassen würde. Frau Gorklo-Blameuser teilt mit, dass diese Kosten erst dann benannt werden könnten, wenn seitens der

Politik gewünschte Rahmenbedingungen festgelegt würden. Zu der nachgefragten juristischen Prüfung räumt sie ein, die Verwaltung könne dies aufgreifen; sie rät jedoch, dazu zunächst die Entwicklung auf der Landesebene abzuwarten und dem nicht vorzugreifen. Herr Kockerbeck bittet um eine entsprechende Mitteilung, wenn der Schulausschuss des Landes NW getagt habe.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Herr Dr. Schlieben fragt, warum bei der Zehnthofstraße in Ostheim die Information so spät erfolgte. Zusätzlich bittet er um Auskunft, ob eine Informationsveranstaltung vor Ort für die Eltern möglich ist. Frau Heuer teilt mit, dass eine solche Informationsveranstaltung mit Herrn Professor Wiesmüller vom Gesundheitsamt bereits terminiert sei. Am Freitag wurde gesagt, es müsse etwas passieren und am Montag gab es dann passende Lösungsvorschläge dazu. Sie stellt fest, dass alle die Akteure vor Ort eingebunden sind und der Termin für die Informationsveranstaltung feststeht.

Herr Wirth fragt nach der Beantwortung seiner Anfrage aus der letzten Sitzung zu den Schülerzahlen nach der Erprobungsstufe. Die Verwaltung greift das auf.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, fragt nach den Schulkonten und dazu speziell nach einer praktikablen Möglichkeit der Abwicklung der Vereinnahmung/Bezahlung von Klassenfahrten. Frau Heuer schildert die umfangreiche Vorgeschichte. Aufgrund eines Einzelfalles gab es eine Anweisung des Landes, dass Lehrer auf keinen Fall schulische Gelder auf ihrem Privatkonto einlagern dürfen. Das aber führte zu erheblichen Schwierigkeiten. Verwaltungsintern ist über längere Zeit versucht worden, eine Lösung zu finden. Voransetzen muss man, dass Klassenfahrten innere Schulangelegenheiten sind; die Stadtverwaltung habe damit also nichts zu tun.

Unter dem Titel „Fremdgelder“ könnten die Fahrtenbeträge verbucht werden, zu bedenken ist dabei aber, dass zum Teil 500 bis 600 Buchungsvorgänge anfallen, was eine erhebliche Mehrbelastung für die Sekretariate bedeutet. In diesem Zusammenhang liegen bereits zahlreiche Mitarbeiterbeschwerden vor. Nach einer Lösungsmöglichkeit wird noch gesucht.

7 Verschiedenes

Köln, den

gez.

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Klais

Schriftführer

Anlage

Präsentation zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung